Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 189 (2023)

Heft: 6

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FINNLAND

Das 31. NATO-Mitglied

Beitrittszeremonie im NATO-Hauptquartier. Bild: NATO

Mit dem Beitritt Finnlands zur Nordatlantikallianz hat sich die Aufstellung des Bündnisses signifikant gewandelt. Die NATO-Ostgrenze zu Russland wurde über Nacht um 1340 Kilometer erweitert. Als erstes Zeichen seiner neuen Verpflichtungen hat Finnland bereits damit begonnen, einen Grenzzaun zu errichten. Bis Ende 2026 werden für knapp 380 Millionen Euro vorerst etwa 200 Kilometer der wichtigsten Grenzabschnitte befestigt. Ziel sei es, wie die finnische Regierung bereits im letzten Jahr beschlossen hat, insgesamt den ganzen Grenzverlauf abzuriegeln. Der einfache Weidezaun, wie er aktuell in den meisten unbefestigten Gegenden und den Grenzwäldern vorhanden ist, wird durch ein drei Meter hohes Stahlgitter, Stacheldraht und eine dazugehörende Strasse ersetzt. Einer der Gründe dafür ist, dass von Russland möglicherweise gezielt eingesetzte Migrantenströme rechtzeitig aufgehalten werden können. In Helsinki denkt man dabei an die von Putin orchestrierten Unruhen entlang der polnisch-belarussischen Grenze im letzten Jahr. Generell hat die NATO grosse Hoffnungen auf die von Finnland in das Bündnis eingebrachten Leistungen: Dazu zählen unter anderem 200 Kampfpanzer Leopard, 210 Schützenpanzer, über 400 Mannschaftstransporter auf Kette und weitere 800 Radschützenpanzer. Mit 700 Haubitzen, 700 schweren Minenwerfern und etwa 100 Mehrfachraketenwerfern verfügt Finnland zudem über die grösste Artillerie Westeuropas. Es gibt Aufträge für den F-35. Das Land kann im Kriegsfall etwa 1,15 Millionen Soldaten mobilisieren. Es ist aber nicht nur das beachtliche Arsenal, das der Allianz zugutekommt. Die geostrategische Lage entlastet den anfälligen Flaschenhals zwischen der Grenze Polens und dem Baltikum. Schiene und Strasse sind nun nicht mehr der unmittelbaren Bedrohung aus Kaliningrad und Weissrussland ausgesetzt. Truppenverlegungen und Verstärkung können so auch über die mehr oder weniger durch die NATO kontrollierte Ostsee geleitet werden. Weiters kann die Verteidigung Norwegens nun auch über die Ostflanke unterstützt werden. Experten gehen davon aus, dass die NATO ein eigenes Skandinavien-Hauptquartier etablieren dürfte, etwa um die Verteidigung der ganzen Region zu überwachen. Der Beitritt Finnlands ist also vor allem ein strategischer Schritt, der auf grossem gegenseitigen Nutzen beruht. Helsinki profitiert dabei vom Bündnisschutz, während die NATO selber sich in die sicherheitspolitische Gegenwart katapultierte. Wenn dereinst dann auch Schweden, das immer noch durch das türkische Veto vor der Aufnahme gehindert wird, dem Verteidigungsbündnis beitritt, wird die europäische Sicherheitsarchitektur neu gezeichnet sein. *pk*

UKRAINE

Kriegsrüstung privat

Auf dem internationalen Parkett nutzt die Ukraine jedes nur erdenkliche Mittel, um mehr Rüstungsgüter zu erhalten. Und Europa sowie der Rest der westlich gesinnten Welt versucht, wo auch immer möglich zu helfen, teilweise auch unter Inkaufnahme eigener Nachteile. Beispielsweise ist 155-mm-Artilleriemunition weltweit für die nächsten Jahre ausverkauft, Südkorea lieh erst im April insgesamt eine halbe Million Granaten an die USA aus. Der immense Bedarf an Nachschub, den der Krieg in der Ukraine generiert, wird bisweilen auch durch Private organisiert. Aus der Presse bekannt sind ausländische Crowdfundings für Bayraktar-Kampfdrohnen oder Satelliten-Kommunikation. Ende 2022 lancierte dann die Stiftung des ukrainischen Schauspielers Serhiy Prytula im Vereinigten Königreich einen Spendenaufruf. Ziel war es, innert einer Woche unter dem Motto «Grab them all» 4,8 Millionen Pfund zu sammeln, um 50 FV103 Spartan Schützenpanzer zu kaufen. Das Geld war in einem Tag zusammen. Gekauft wurden 101 Panzer. Unterdessen sind mindestens 155 Kettenfahrzeuge aus dem Königreich in die Ukraine geliefert worden. Allesamt privatfinanziert. Offenbar stammen bis zu 80 Prozent der Spenden aus der Ukraine. Genaue Zahlen über Finanzen und Material sind schwer zu erhalten, es mischen diverse Organisationen

Ein Sanitätsroboter der Poroshenko-Stiftung. Bild: Euro Solidarity

im Geschäft mit, darunter die Petro Poroshenko Stiftung oder der Weltkongress der Ukrainer (UWC).

Allein das Projekt United24, das auf eine Initiative des ukrainischen Präsidenten Selenski zurückgeht, hat in den vergangenen Monaten über 330 Millionen US-Dollar gesammelt. Viel Material sei verfügbar, da es nach den Einsätzen in Afghanistan und dem Irak nicht mehr gebraucht wurde. Die britische Armee sah darin ein Geschäftsmodell und verkauft seither abgerüstete Panzerwagen an jeden, der bezahlen kann. Ein Transport eines Schützenpanzers von England in die Ukraine dauert etwa zehn Tage und kostet rund 4500 Euro. Erstaunlicherweise, so ein Vertreter des UWC, ist die Bürokratie für einmal kein grosses Problem. In fünf Wochen erhält man eine

Exportgenehmigung aus dem Vereinigten Königreich. Transportgenehmigungen für Dual-use-Güter müssen in jedem Transitland neu beantragt werden, was aber selten länger als eine Woche dauert. Nur in Polen dauert es aktuell extrem lang, weil die Behörden dort mit vielen Einfuhrgesuchen überrannt werden. Am Einsatzort angekommen dienen die teils aus den 1960er-Jahre stammenden Fahrzeuge dazu, Soldaten zu transportieren, Verwundete zu evakuieren und ziemlich alle Leistungen des Einsatzspektrums zu übernehmen. Das Alter spielt aber eine untergeordnete Rolle. Denn unterdessen konnten auch Ersatzteillieferungen organisiert werden. Was ursprünglich vor allem zur psychologischen Unterstützung gedacht war, scheint unterdessen ein wenig ausser Kontrolle geraten. Die Preise für gebrauchte Militärfahrzeuge verdoppelten sich innert einem Jahr und die Käufer tragen schon mal den einen oder anderen Streit untereinander in der Öffentlichkeit aus. Trotz allem: Die privaten Kriegsrüster sind teilweise schneller und agiler unterwegs als die offizielle Regierung. *pk*

FRANKREICH / AFRIKA

Kein Weizen mehr?

Frankreich hat am 25. April den Gebrauch von Monophosphan in direktem Kontakt mit Weizen verboten. Das Insektizid, auch unter dem Namen Phosphin bekannt, verhindert, dass Insekten und andere Tiere in Lebensmittellieferungen verschleppt werden. Auch wenn Händler den Entscheid kritisieren und argumentieren, die EU-Gesetzgebung lasse den Gebrauch des Gases, dem Getreide während mehreren Tagen in luftdichten Behältern ausgesetzt wird, grundsätzlich zu, hat Paris seinen Entscheid vom letzten Oktober umgesetzt. Frankreich ist der viertgrösste Weizenproduzent der Welt, allein im Jahr 2022 wurde Getreide im Wert von 14,5 Milliarden Euro exportiert. Korn ist der grösste Überschussrohstoff des Landes. Das Problem: Alle anderen EU-Länder haben die Verwendung von Phosphin nicht untersagt. Besonders die Länder Nordafrikas stehen nun vor einem Dilemma. Ob Togo, Senegal, Algerien, Kamerun, allesamt verlangen in ihren Einfuhrbestimmungen eine direkte Begasung von Getreide. Fällt nun Frankreich als Hauptimporteur weg, wird sich die Nahrungsmittelversorgung nochmals verschärfen. Seit dem Ukraine-Krieg wurde Mehl ohnehin drastisch teurer. Eric Thirouin, Präsident des Verbandes französischer Weizenproduzenten, macht deshalb aus der

Algerische Weizenproduktion. Bild: Ramzi Boudinha

prekären Situation keinen Hehl und meint: «Wir stehen an der Wand.» Auf der anderen Seite beschwichtigt seine Regierung und erklärt, dass technisch gesehen auch eine andere Methode als die geforderte Direktbegasung möglich sei, Abklärungen würden getroffen. Alles also halb so wild? Es war absehbar, dass die Situation sich zuspitzen wird. Wollen die afrikanischen Hauptabnehmer keine Mehrkosten und eigene Gesetzesänderungen im Eilverfahren, dann werden sie sich «im besten Fall an Russland, den weltweit führenden Exporteur wenden», wie Thirouin die Situation kommentiert. Aktuell geht man davon aus, dass in Paris die Grenzwerte für den Export einfach angepasst werden. Für Algerien, das seine Weizeneinkäufe stets öffentlich macht, reicht die französische Strategie nicht. Als grösstes Land des Maghrebs leidet es extrem unter den veränderten Klimabedingungen und zunehmender Dürre. Notgedrungen hat es sich bis zum Juni bereits einen Drittel der für 2023 prognostizierten Eigenproduktion auf dem Weltmarkt gesichert. *pk*

NIEDERLANDE

Ukraine soll F-16 erhalten

Anlässlich des Besuchs des ukrainischen Präsidenten Selenski anfangs Mai in der niederländischen Hauptstadt wurde Klartext gesprochen. Es gebe kein Tabu mehr. So die Worte des Premiers Mark Rutte. Es geht um die Lieferung von F-16-Kampfjets an die Ukraine. Für Rutte ein «heisses Eisen», das aber früher oder später geschmiedet werden müsse. «Wir arbeiten mit unseren Partnern in Belgien, Dänemark und Grossbritannien zusammen», so der holländische Regierungschef. Damit führte er die Diskussion die durch die dänische Premierministerin Mette Frederiksen lanciert worden war, weiter. Allenthalben geht man davon aus, dass – so erklärt der ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba – früher oder später Kampfflugzeuge der vierten Generation aus dem Westen geliefert würden. Bislang scheiterte das Ansinnen jedoch stets an der US-Regierung – bis zum jüngsten G7-Gipfel in Japan, wo der US-Präsident grünes Licht für die Pilotenausbildung gab.

Ehrengarde in den Niederlanden. Bild: president.gov.ua

Biden wurde schon öfters aus Kiew um F-15, F/A-18 oder F-16 gebeten. Die Meinungen über deren Kampfwert in der aktuellen Kriegssituation gehen auseinander. Einerseits gibt es genügend Stimmen, die davon ausgehen, dass etwa die F-16 einen grossen Mehrwert bieten könnte. Andererseits wird kritisiert, dass die ukrainischen Streitkräfte derzeit gar nicht in der Lage wären, moderne Kampfjets zu unterhalten und deren Einsatz, besonders auch unter Berück-

sichtigung sämtlicher logistischer Aspekte und notwendiger Infrastruktur für Kiew bei einem zu grossen Aufwand eine relativ geringe Auswirkung auf den festgefahrenen Krieg hätte. In dieses Horn bläst der Chef der US-Luftstreitkräfte in Europa, General James Hecker. Er meinte, die F-16 sei der russischen Luftabwehr unterlegen. Unterdessen haben aber bereits mehrere ukrainische Piloten eigene Ausbildungskurse für F-16 in Arizona absolviert. So wird es, wie auch NATO-Generalsekretär Stoltenberg am Rande eines Treffens zur Koordination von Militärhilfe für die Ukraine sagte, wichtig sein, die Gespräche über eine Lieferung moderner Jets aufrechtzuerhalten. Zeit verlieren die Niederlande wenig. Ein Besuchspunkt Selenskis war eine holländische Air Base, auf welcher ukrainische Soldaten an neuem Kriegsgerät ausgebildet werden. *pk*

INDIEN

Fünf Soldaten in Kaschmir getötet

Bei einem Einsatz gegen militante Kämpfer in Kaschmir wurden im Mai fünf Soldaten der indischen Armee getötet und einer verwundet, wie die Armee mitteilte. Die indischen Streitkräfte haben mehrere Operationen im Rajouri-Sektor der Himalaya-Region durchgeführt, seit unbekannte Angreifer im vergangenen Monat das Feuer auf ein Fahrzeug der indischen Armee eröffnet hatten. Kaschmir wird von den atomar bewaffneten Nachbarstaaten Indien und Pakistan vollständig beansprucht, aber auch teilweise beherrscht. Delhi hat Pakistan beschuldigt, einen jahrzehntelangen Aufstand in Kaschmir zu schüren. Islamabad bestreitet dies und behauptet, es biete lediglich diplomatische und moralische Unterstützung für die nach Selbstbestimmung strebenden Kaschmiris. *Sc*

KARIBIK

Caricom mit Fokus auf Haiti

Die Staats- und Regierungschefs der Karibik trafen sich im Mai auf den Bahamas zu einem dreitägigen Treffen, bei dem auch die Lage in Haiti erörtert wurde. An den Gesprächen nahmen die Regierungschefs des Caricom-Blocks teil, einer Gruppe von 15 Mitgliedern, in der etwa 16 Millionen Menschen leben. Zu den Mitgliedern gehören Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Montserrat, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam sowie Trinidad und Tobago. Der Premierminister der Bahamas, Philip Davis, sprach im Vorfeld des Treffens über «die Herausforderungen, die wir in Haiti haben». Nach der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Jahr 2021 erlebte Haiti eine Phase der Instabilität, die mit einem Anstieg der Gewalt und dem Einfluss bewaffneter Banden einherging. In Haiti übernehmen Gangs die Kontrolle, während die Demokratie schwindet. Davis sagte, dass die Lösung, wie auch immer sie aussehen mag, von Haiti ausgehen müsse und dass der Rest der Caricom daran arbeite, dieses Ergebnis zu erleichtern. «Wir wollen das Land so weit stabilisieren, dass freie und faire Wahlen möglich sind, und der Weg dorthin ist die Herausforderung.» *Sc*

Fahnen der Caricom-Mitglieder. Bild: Shutterstock/Dana.S

AUSTRALIEN

Geheime Kriegsspiele

Wie australische Medien berichteten, hat das australische Militär «streng geheime Kriegsspielübungen» durchgeführt, um seine Verteidigungsposition zu überprüfen. Die Übungen, die in einer als geheim eingestuften Version der Verteidigungsstrategie der australischen Regierung beschrieben wurden, ergaben, dass die Armee des Landes Schwierigkeiten hätte, auf bestimmte plausible und spezifische Szenarien zu reagieren. Zu den Szenarien, die von den Sicherheitsexperten im Detail analysiert wurden, gehören ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und China um Taiwan und die Errichtung einer Militärbasis durch Peking auf den Salomonen, die an Australien grenzen. In letzterem Fall würde sich die Volksbefreiungsarmee bis auf 2000 Kilometer an das australische Festland heranbewegen.

In einer Reihe von Interviews, die von der Australian Broadcasting Corporation geführt wurden, warnten vier führende australische Verteidigungsexperten, dass ein Krieg zwischen den USA und China um Taiwan «wahrscheinlich der grösste und störendste Krieg wäre, den die Welt seit 1945 gesehen hat», da er schnell zu einem umfassenden regionalen Seekrieg eskalieren würde. Als Resultat der Überprüfung wird eine umfassende Überarbeitung der Strategie und der Streitkräfte gefordert, um mit den «radikal veränderten» strategischen Umständen und der «Rückkehr des strategischen Wettbewerbs zwischen Grossmächten» fertig zu werden. Australien veröffentlichte auch ein abgestuftes Papier zur Militärstrategie des Landes. Analysten zufolge hat sich der australische Verteidigungsansatz bemerkenswert verändert, was vor allem auf die Besorgnis über Chinas wachsende militärische Macht und seine Ambitionen zurückzuführen ist. Die neue Strategie wird das australische Militär «von einer ausgewogenen zu einer fokussierten Streitkraft machen, die sich auf die Fähigkeit zur Machtprojektion über grosse Entfernungen und zur «wirkungsvollen Projektion» konzentriert», so Malcolm Davis, ein leitender Analyst des Australian Strategic Policy Institute. Zu diesen Fähigkeiten gehöre auch der Einsatz von Langstreckenraketen zur Abschreckung, insbesondere im Hinblick auf die wachsende Herausforderung durch Chinas Militär. «Besonders besorgniserregend ist Pekings rasanter Ausbau der Atomwaffenkapazitäten, die bis zum Jahr 2035 von etwa 350 auf 1500 Sprengköpfe ansteigen sollen, sowie der Aufbau der grössten Marine der Welt und fortschrittlicher Langstrecken-Präzisionsschlagkapazitäten», so der in Canberra ansässige Analyst.

Infolgedessen liegt der Schwerpunkt der Überprüfung nun auf dem raschen Erwerb militärischer Fähigkeiten, die

für küstennahe Operationen in Nordaustralien und im maritimen Raum benötigt werden, sowie auf der Fähigkeit zu Langstreckenschlägen. Die Reichweite des australischen Militärs beim Abfeuern von Projektilmunition wird sich von 40 auf 300 Kilometer erhöhen, und mit dem Erwerb der Präzisionsschlagrakete auf über 500 Kilometer. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wird Australien eine einheimische Produktion von Langstreckenraketen entwickeln, wobei Optionen bis zum zweiten Quartal des nächsten Jahres zur Verfügung gestellt werden sollen. *Sc*

JAPAN / SÜDKOREA

Normalisierung der Beziehungen

Der Besuch von Premierminister Fumio Kishida in Seoul im Mai hat gezeigt, dass die Beziehungen zwischen Japan und Südkorea wieder auf dem richtigen Weg sind. Auslöser dafür war das Gipfeltreffen zwischen Kishida und dem südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk-yeol am 16. März, das einen wichtigen Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Japan und Südkorea darstellte. Die Beziehungen zwischen den beiden asiatischen Nachbarn hatten sich während der Amtszeit von Yoons Vorgänger Moon Jae-in wegen der «Trostfrauen» – Frauen und Mädchen, die vor und während des Zweiten Weltkriegs unter dem japanischen Militärbordellsystem litten – und der Zwangsarbeit von Koreanern während des Krieges in einem noch nie dagewesenen Masse verschlechtert.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zum Abschluss des Gipfels erklärte Yoon, dass sich die südkoreanische Regierung in der Frage der Zwangsarbeiter aus der Kriegszeit auf das 1965 bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Südkorea geschlossene Abkommen über Ansprüche stützt. Er betonte, dass «wir dies bei der Normalisierung der südkoreanisch-japanischen Beziehungen nicht ausser Acht lassen werden». Yoon machte auch deutlich, dass das herkömmliche Verständnis der südkoreanischen Regierung in der Frage der Zwangsarbeit während des Krieges von dem des Obersten Gerichtshofs des Landes abweicht, der in einer Reihe von Urteilen im Jahr 2018 zwei japanische Unternehmen zur Zahlung von Entschädigungen an Zwangsarbeiter aus der Kriegszeit und deren Familien verurteilt hat.

Vor dem Gipfeltreffen kündigte die südkoreanische Regierung eine Lösung an, bei der eine staatliche Stiftung anstelle der japanischen Unternehmen eine gleichwertige Entschädigung für die Opfer der japanischen Zwangsarbeit während des Krieges anbieten würde. Premierminister Kishida lobte die Entscheidung und das Vorgehen der Regierung Yoon und begrüsste die «Rückkehr zu einer gesunden Beziehung zwischen Japan und Südkorea». Auf dem Gipfeltreffen wurde auch bestätigt, dass Südkorea das Abkommen über die allgemeine Sicherheit militärischer Informationen normalisieren wird, während Japan seine Beschränkungen für den Export von Halbleitermaterialien nach Südkorea aufheben wird. Die beiden Staats- und Regierungschefs vereinbarten ferner, eine informellere «Pendeldiplomatie» wieder aufzunehmen und sich künftig bei Bedarf zu treffen. *Sc*

USA

Luftwaffenchef als ranghöchster Offizier

General Charles Q. Brown Jr., Stabschef der Luftwaffe, könnte bald zum Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff gewählt werden. Wenn er offiziell nominiert und vom Senat bestätigt wird, tritt Brown die Nachfolge von General Mark Milley an, dessen Amtszeit als Vorsitzender der Generalstabschefs Ende September ausläuft. Brown wäre nach Colin Powell, der dieses Amt während der Präsidentschaften von George H.W. Bush und Bill Clinton innehatte, erst der zweite Schwarze, der den Vorsitz übernimmt. Browns Ernennung und Bestätigung würde auch bedeuten, dass mit Verteidigungsminister Lloyd Austin zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten die beiden höchsten Führungspositionen im Pentagon von afroamerikanischen Männern besetzt wären.

General Charles Q. Brown Jr.
Bild: Wikipedia

Brown und Austin würden Biden in Fragen der nationalen Sicherheit beraten, vom Krieg in der Ukraine bis hin zu Chinas militärischem Expansionismus im asiatisch-pazifischen Raum. Die beiden würden das Pentagon bei Anhörungen im Kongress vertreten, und zwar vor oft feindseligen republikanischen Gesetzgebern, die sich in letzter Zeit darüber beschwert haben, dass das Verteidigungsministerium zu woke geworden sei. In einer Zeit, in der sich ein Konflikt mit China abzeichnet, war Browns Erfahrung in Asien ebenfalls ein Schlüsselfaktor, sagte ein US-Beamter zu Bidens Entscheidung, über die zuvor von Politico berichtet worden war. Nichts ist endgültig, bis Biden seine Wahl bekannt gibt – und es ist unklar, wann er dies tun wird. Aber aus der Gerüchteküche vernimmt man, dass Brown, ein Kampfpilot, sich gegen den Kommandanten des Marine Corps, General David H. Berger, durchgesetzt hat.

Die beiden Männer gelten als gute Freunde, die sich regelmässig beraten, sagten ihre Berater, aber sie könnten unterschiedlicher nicht sein – sowohl voneinander als auch von Milley. Brown ist ruhig, entschlossen und methodisch, sagen seine Kollegen. Berger hingegen ist als Innovator bekannt, dessen Ideen zur Umgestaltung des Korps für den Kampf im 21. Jahrhundert die Männer vor ihm so verärgerten, dass sie den seltenen Schritt wagten, sich öffentlich zu beschweren. Er ist ein Infanterist mit Kampferfahrung im Irak und in Afghanistan. Nur wenige Monate nachdem er Kommandant des Marine Corps geworden war, kündigte er einen Plan an, die letzten Panzereinheiten des Corps abzuschaffen, da er davon ausging, dass seine Marines keine schweren Panzer von Insel zu Insel im Pazifik schleppen könnten, wenn sie schliesslich gegen China kämpfen müssten. Beide Männer wurden nach ihren ersten Gesprächen mit Biden zu zweiten Gesprächen ins Weisse Haus zurückgerufen, wie Insider berichten. Der Posten wurde seit 2005 nicht mehr mit einem General der Air Force besetzt. In dieser Zeit waren es zwei Marines, ein Navy-Admiral und zwei Armeegeneräle. *Sc*